

DIE AMEISE.

„Mer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für ein Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,00 Mark. Insetionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber u. Arbeitnehmer unentgeltlich. Techn. u. sozialpol. Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakt.: A. Jahn, Berlin SO., Engelhofer 15.

Nr. 13.

Berlin, den 30. März 1900

27. Jahrg.

Das Verbandsbureau befindet sich von jetzt ab

Berlin SO., Engelhofer 15, 2 Tr.

Bei Zuschriften zc. an das Bureau, bezw. die Verbandsbeamten, ebenso auch an die Redaktion der „Ameise“ ist nur obige Adresse zu benutzen.

Organisirt Euch!

Wie unzählige Male wird den Arbeitern dies zugerufen und plausibel gemacht, daß ihm, als dem im Staate am schlechtesten Gestellten, kein anderes Mittel als die Organisation zur Verfügung steht, um seine wirtschaftlichen Verhältnisse heben zu können. Und doch wie viel Gleichgültigkeit macht sich gegenüber diesen bei den Arbeitern bemerkbar, und auch die Porzellanarbeiter stellen ihr nicht kleines Kontingent zu diesen Gleichgültigen. Ja, werden unsere Mitglieder sagen, was will denn die „Ameise“, wir sind ja organisirt und uns braucht man doch nicht immer mit solchen Aufforderungen sich zu organisiren, zu kommen. Das mag stimmen, aber wir sehen doch voraus, daß, wenn unsere Mitglieder ihr Organ gelesen haben, sie solche darin enthaltene, zum Beitritt zu Organisation aufmunternde Artikel auch jenen Kollegen und Kolleginnen zugänglich machen, die eben von der oben angeführten Gleichgültigkeit gegen unsere Bestrebungen noch erfüllt sind.

Wenn man so halbwegs aufmerksam die heutigen wirtschaftlichen Vorgänge, das Treiben und Gassen der Unternehmer, Geld und nochmals Geld zu verdienen, beobachtet, wenn man außerdem bemerkt, daß diese Unternehmer, trotzdem sie ausgezeichnet gut ihren „Tag leben“ können und durchaus nicht wegen ein paar Pfennigen mehr Lohn zu „streiten“ brauchen, sich dennoch organisiren, Ringe und Verbände zur Förderung ihrer Interessen bilden, dann stellt sich die Gleichgültigkeit der Arbeiter, die nicht der Berufsorganisation angehören, als etwas viel Schlimmeres dar.

Gerade bei uns Porzellanern, deren Erwerbsverhältnisse keineswegs solche sind, daß sie gegenüber der anstrengenden und gesundheitsgefährlichen Arbeit im richtigen Verhältnis stehen, muß man sich so wundern, daß noch so viele unorganisirt uns gegenüber stehen.

Schon deswegen verwunderlich, weil wir speziell in unseren Porzellan- und Steingutfabrikanten solch' gute Vorbilder bezüglich Organisationszugehörigkeit haben. Abgesehen von dem Centralverband der Industriellen, haben unsere Porzellan- zc. Fabrikanten den „Verband keramischer Gewerke in Deutschland“, der kräftigst für die Förderung der Interessen seiner Mitglieder in weitgehender Beziehung eintritt. Es existiren weiter eine Anzahl Unterverbände in den einzelnen Provinzen, dann haben wir die in neuester Zeit entstandene Preisvereinigungen sowohl der Steingut- als auch der Porzellanfabriken der Geschirrbbranche, kurz, ohne daß ein „Agitator“ im Vaterland herumgereist und für diese Vereinigungen Propaganda gemacht hat, ohne daß in dem Verbandsorgane aller dieser Vereinigungen lange Agitationsartikel erschienen, haben sich die Unternehmer organisirt.

Sie haben sich die Porzellan- zc. Händler hieran ein Beispiel genommen. Wir lesen in den Fabrikantenblättern:

„Vereinigung der Porzellan-, Steingut- und Glaswaren-Händler. In Folge der Konstituierung der Vereinigungen der Porzellan-, Steingut- und Glasfabriken ist auch für die Großhändler und Detailisten Deutschlands das Bedürfnis nach einem Zusammenschluß hervorgetreten, welcher den Zweck verfolgen soll, eine Centrale für die Vertretung der Gesamtinteressen der Kaufmannschaft dieser Branchen zu bilden. Nachdem vor kurzer Zeit die Berliner Firmen des Porzellan- und Glaswarenhandels zusammengetreten waren, sollte diese Vereinigung an die gesamte Kollegschaft Deutschlands die Einladung zu einer allgemeinen Versammlung in Leipzig am 5. März, dem ersten Tage der Bormesse, erlassen. Die Theilnahme war sehr zahlreich.“

Unter dem Vorsitz des Herrn Münzel, in Firma P. Raddeh u. Co., Berlin, beschloß die Versammlung die Gründung der propontierten allgemeinen Vereinigung, wählte den Vorstand und einen über ganz Deutschland verbreiteten Ausschuß. Dieser soll die erste Aufgabe haben, über Mißstände und Schädigungen des Handels an den Vorstand

zu berichten, dessen Sitz in Berlin, dessen Vorsitzender Herr Münzel ist.

Nach Feststellung dieses allgemeinen Programms für die Thätigkeit der Vereinigung schloß die Versammlung und Vorstand und Ausschuß trat sofort zur Beratung der Sitzungen zusammen.“

In dieser Notiz heißt es im Allgemeinen, „daß Mißstände und Schädigungen des Handels an den Vorstand zu berichten sind“, während in einer anderen Notiz der Zweck der Vereinigung etwas deutlicher bezeichnet wird. „Stellungnahme gegen die anwachsende Konkurrenz der Waarenhäuser in keramischen Artikeln“ ist der Hauptzweck. „Als Mittel zur Bekämpfung der Waarenhäuser soll versucht werden, die Fabrikanten der keramischen Branche zu bestimmen, an Waarenhäuser keine Waaren mehr zu liefern.“

Nun, diese neueste Vereinigung wird sich den Steuerplänen der preussischen Regierung (siehe Artikel „Die Besteuerung der Waarenhäuser“ in dieser Nummer) gegenüber wohl äußerst zufrieden und zustimmend verhalten und vielleicht wird Herr v. M'quel Professor dieser Vereinigung.

Wie sich nun die Porzellan- zc. Fabrikanten zu der Zumuthung, keine Waaren mehr an die Waarenhäuser abzugeben, verhalten werden, wird man wohl auch noch erfahren.

Es kommt uns heute nur darauf an, unseren Berufsgenossen zu zeigen, wie viel besser der Gedanke für Organisation bei den Unternehmern resp. Geschäftsinhabern entwickelt ist und wie demgegenüber die Arbeiterschaft ihre Interessensförderung durch Anschluß an die Organisation außer Acht läßt.

Mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit, damit der Arbeiter sich einmal besser und menschenwürdiger kleiden, leben und wohnen kann, daß er weiter auch Zeit hat mehr seine Gesundheit pflegen zu können, ja auch, daß er mehr als bisher Antheil an dem Vergnügen, an dem Glück der schönen Erde theilnehmen kann,

das sind die Hauptziele der Organisationen und auch der untrigen. Und dafür die wöchentlichen geringen Beiträge auszugeben, daß sollte von einem, der mit fünf Sinnen ausgestattet ist, zu viel verlangt sein?

Wenn man in einem Stat., Regellub in einem Sport- oder auch gar im Kriegervereine seine Beitragsgrößen zahlt, hat man dabei mehr dafür? Der Nutzen, der bei der Zugehörigkeit solcher ähnlichen Vereine und Vereinen herauspringt, wie könnte der auch im entferntesten einen Vergleich aushalten mit demjenigen, der aus der Zugehörigkeit zur Berufsorganisation entspringt, die sich zur Aufgabe stellt, die Lebenslage des Arbeiters zu verbessern?

Wohl kommt im Verfolg dieser Frage die billige Ausrede: ach, was hat denn der Porzellanarbeiter-Verband bis jetzt alles geleistet, was haben alle die Streiks z. B. genutzt, es sind die Verhältnisse ja doch merklich nicht dadurch verbessert worden. Es wird aber nicht berücksichtigt, daß, wenn der Erfolg (und Erfolg sind trotzdem errungen worden) nicht den Opfern entspricht, daß dies nur einzig und allein eben der Gleichgültigkeit, dem Indifferentismus der großen Anzahl der uns fernstehenden zuzuschreiben ist. Würde allen diesen, oder doch einem größeren Bruchteil davon, das gleiche Bestreben innewohnen, durch die Berufsvereine eine Besserstellung der Arbeits- und Verdienstverhältnisse zu erreichen und wenn nicht anders, durch Kampf zu erzwingen, dann wären eber die Erfolge ganz bedeutendere.

Und überall da, wo die Organisation gut und stark zu nennen ist, sind bereits die Verhältnisse bessere, als in jenen finsternen Ecken, wo die Gleichgültigkeit der Berufsgenossen dominiert.

Das gilt nicht nur für die diversen Berufe, die beispielsweise in größeren Städten domizilieren und die besonders in jetzigen Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges ihre Vortheile mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation zu wahren suchen und auch wahren, sondern das gilt auch für die Porzellanarbeiter.

Da, wo die Organisation den Berufsgenossen in Fleisch und Blut übergegangen ist, da sind die Verdienste besser, da ist die Arbeitszeit eine kürzere, da stehen die Kollegen auch auf einer viel höheren Stufe allgemeiner Bildung und nehmen bedeutend mehr Antheil an dem öffentlichen Leben und werden alles in allem mehr theilhaftig der Errungenschaften der Jetztzeit.

Wogegen jene Gleichgültigen schwer an der Last ihres Daseins zu tragen haben, in dem Kampfe um dieses oft erbärmliche Dasein verkümmern und sich dadurch schuldig machen, ihren Nachkommen dasselbe erbärmliche Leben hinterlassen zu haben.

So oft auch wir unseren Appell in diesem Blatte ergehen lassen, die Gleichgültigkeit über Bord zu werfen und damit herzlich wenig Erfolg haben, so viel auch die von der Nothwendigkeit unserer Bestrebungen überzeugten Berufsgenossen agitieren und so wenig auch der Erfolg dieser Arbeit entspricht, so dürfen wir dennoch nicht ermüden, immer und immer wieder und bei jeder Gelegenheit das harte Feld zu bebarn.

Beispiele von der Bethätigung der Organisation, wie sie uns neben der schon bestehenden Fabrikantenvereinigung nur wieder die geschlossene Vereinigung der „Porzellan-, Steingut- und Glaswaarenhändler“ geben, sie sind ganz besonders geeignet, den gleichgültigen Berufsgenossen die Augen zu öffnen.

Amlicher Theil.

47. Vorstandssitzung vom 14. März 1900.

Von den Revisoren ist Poesenecker anwesend, als Gast Gen. Franke, Berlin.

In Kloster-Beßra drohen Differenzen bei den Drehern und Gleisern auszubrechen. — Von Roda wird mitgeteilt, daß die Former bei Firma Rohlf, wegen Lohn Differenzen, die Arbeit niedergelegt haben. — Die Dreher bei Firma Schwabe, Eisenberg, wollen, entgegen dem Vorstandsbeschlusse eventuell alle die Arbeit niederlegen, sofern die Firma den Schaalendrehern die verlangten Preise nicht bewilligt; der Vorstand hält seinen Beschluß vom 28. Februar aufrecht. — Zuschriften von Neßau, Eibau, Arzb. berg und Breslau wird zur Kenntniß genommen. — Von der Staatsanwaltschaft in Rudolstadt ist Mittheilung eingegangen, daß der frühere Kassirer in Sighendorf, Schänzel, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern mit 20 Mk. eventuell 6 Tage Haft bestraft worden ist. — Wiesner und Reil, Triptis, werden als Streit- bezw. Sperrbrecher mit drei Jahren Strafkarenzzeit aufgenommen. — Zahlstelle Kahla beantragt die Verabfolgung der Strafkarenzzeit für die unlängst aufgenommen Mitglieder 25 246 und 25 401; wird abgelehnt. — Tiefenfurt beantragt die Aufnahme von Streitbrechern, mit niedrigerer als sonst festgesetzter Strafkarenzzeit; dieselben, Paul und Bertha Dinter, Paul und Ida Borrmann und Adolf Krause werden jedoch mit 3 Jahren Strafkarenzzeit aufgenommen. — In Sachen Rißmann, Staffel sendet der Rechtsanwalt Kostenrechnung aus dessen Lohn-Entscheidungsklage ein; die Zahlung wird abgelehnt, weil Urtheils-Abchrift nicht vorliegt. — Von Sophienau werden 30 Mk. Anstufung zum Bildungsfond beantragt, zur Bestreitung der Ankosten für einen Walfotte-Vortrag, wird abgelehnt. — Der Kassirer in Jlimenau beschwert sich, daß das Bureau die Annahme eines unfrankirt eingegangenen Briefes verweigert hat, trotzdem auf dem Couvert deutlich zu erkennen war, daß die aufgestellten Marken nachträglich abgelöst worden sind; auch sei ihm schon früher einmal ein ungenügend frankirt Brief zurückgeschickt worden. Das Bureau erklärt, die Annahmeverweigerung sei deswegen erfolgt, um dem Absender die Möglichkeit zu geben, sich beschwerdeführend an die Post zu wenden, und beantragt Zurückweisung der Beschwerde, dieser Antrag wird abgelehnt. Ein weiterer Antrag, das Bureau hat alle Briefe ohne Unterschied anzunehmen, wird gegen 3 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag, das Ersuchen des Beschwerdeführers, alle Briefe, von denen ersichtlich ist, daß sie von einer Verwaltung kommen, anzunehmen, möglichst zu berücksichtigen, wird mit 5 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Damit ist diese Sache erledigt. — Ein Antrag der Verwaltung in Jlimenau, Ausschluß eines Mitgliedes betreffend, wird an die Zahlstellen-Versammlung verwiesen. — Einem Mitglied R. in Schiedewitz, welcher sich über Vorkommnisse im Personal beschwert, wird anheimgegeben, seine Angelegenheit bei der Zahlstelle anzubringen. — Der beantragten Gründung einer Zahlstelle in Wallendorf wird zugestimmt. — Wegen Entlassungen ohne Kündigung bei Firma Lehmann in Arzb. berg wird Vertagung und Recherche beschlossen. — Der Abschluß der Hauptkassen pro Monat Februar ergibt ein Vermögen in der Verbandskasse von 131 431,78 Mk., im Beihilfefond: 23 641,67 Mk.

Beihilfefond: Mitglied 10156 Schlierbach ist während der Krankheit ohne vorherige Genehmigung verrentet und will angeblich bei einem Arzt gewesen sein; Beihilfe wird so lange verweigert, bis Mitglied den Nachweis über die Nichtigkeit seiner Angaben erbracht hat. Dem Mitglied 22975 Plankenhain wurde s. B. Aufnahme verweigert; die Verwaltung beantragt nochmalige Prüfung und Aufnahme, wird abgelehnt.

Unterstützungen erhalten: Althaldensleben: 17 166, 20 653 vom 12. 3. Arzb. berg: 15 675, 11 877, 3254 vom 22. 3. Berlin II: 8226 vom 26. 3. (auf Reisen), 18 805 vom 26. 3. 15 402 v. 19. 3. Eisenberg: 3456 v. 6. 3. Jlimenau: 4377 vom 12. 3. 12 421 vom 31. 3. (auf Reisen). Kolmar: 20 930 vom 19. 3. Moschendorf: 22 269 vom 5. 3. Neuhalbensleben: 14 271 vom 12. 3. Oberhausen: 12 160 vom 26. 3. Rudolstadt: 18 686 vom 19. 3. Tiefenfurt: 16 579, 6979 vom 19. 3. Weißwasser: 20 260 vom 26. 3. Wittenberg: 2378 vom 17. 2.

Fahrtkosten erhalten: Berlin II: 14 786, 3.— (Familie), 21 005, 16,10 (Familie). Breslau: 12 893, 7,30. Eisenberg: 9269, 9,90 (Familie), 6910, 13.— (Familie). Kolmar: 20 930, 19.— (Familie), 3452, 3.— (Familie). Magdeburg: 20 051, 0,70. Staffel: 3455, 14,50. Stadlengasse: 4727, 12,50. Tiefenfurt: 6988, 10,80 Mk.

Umzugskosten erhalten: Berlin II: 14 786, 16,30. Eisenberg: 6910, 24,60 Mk.

G. Wollmann,
Vorstandender.

J. Schmelzer,
Verbandschriftführer.

Schiedsgerichtssitzung vom 10. März 1900.

Als Schiedsrichter nahmen unter dem Vorstehe des Obmannes Theil die Mitglieder Busch, Friedhoff, Sübner, Kleinwächter, Rütten, Maiwald und Schröder. Es lag eine Beschwerde des Mitgliedes 19 477 (Wolff Heibler), früher in Selb, jetzt in Altrohlau gegen den Vorstand wegen Verweigerung von Arbeitslosenunterstützung, Fahr- und Umzugskosten, vor. Die Ursache der Verweigerung ist, daß das Mitglied seine Entlassung selbst verschuldet habe, daß es wegen wiederholten, 2 Tage währenden Fernbleibens von der Arbeit entlassen sei. Aus dem sehr umfangreichen Aktenmaterial geht Folgendes hervor: Das Mitglied erhielt am 23. September v. J. eine schriftliche Kündigung ohne Angabe irgend eines Grundes. Der derzeitige Kassirer der Zahlstelle Selb sandte das Antragsformular auf Unterstützung, nur mit seiner Unterschrift versehen und die gestellten Fragen nur zum Theil ausgefüllt, an den Verbandsschriftführer ein. Auf der Rückseite des Formulars schrieb der Kassirer folgende Bemerkung: „Wie mir von Seiten seiner Kollegen gesagt wurde, ist S. wegen Blaumachens gekündigt worden. Ich wollte Formular in der Sitzung vorlegen, doch da Sie es verlangen, sende ich es ab“. Selbstverständlich sandte der Verbandsschriftführer das unvollständig ausgefüllte und ungenügend unterzeichnete Formular an den Kassirer wieder zurück und bestimmte, eine Verwaltungssitzung zu veranlassen, um die Entlassungsgründe des Mitgliedes festzustellen. Das Mitglied hatte zu derselben Zeit ein Schreiben an den Vorstand geschickt und in demselben die Gründe seiner Entlassung dargelegt. In dem später wieder an den Vorstand geschickten Antragsformular ist die Frage 20: „Empfiehlt die Zahlstellenverwaltung die Unterstützung?“ mit „ja“ beantwortet und von den drei Verwaltungsmitgliedern unterzeichnet. Auch ist wieder folgende Bemerkung nur mit der Unterschrift des Kassirers auf der Rückseite des Formulars vermerkt: „In der Sitzung, wo auch vier Mann vom R. schen Personal anwesend waren, bekunden diese, daß S.'s Angaben an den Hauptvorstand auf Wahrheit beruhen“. Am 5. November wurde in einer Ausschusssitzung beschlossen, bei der Firma, bei welcher das Mitglied beschäftigt gewesen war, persönlich anzufragen, welcher Grund S.'s Kündigung veranlaßt hat. Es wurde hierzu der Vorsitzende der Verwaltung und der Vorsitzende des betreffenden Personals bestimmt. Als Ergebnis wurde Folgendes an den Hauptvorstand berichtet: Herr R. jr. (der Prinzipal, von dem die Kündigung erfolgt war) erklärte uns, soviel er wisse, sei S. wegen Blaumachens gekündigt, wir sollten aber nochmals den Herrn Direktor fragen oder den Obermaler; da der Hr. Direktor abwesend war, erklärte uns der Herr Obermaler mit Bestimmtheit: S. sei wegen wiederholten Blaumachens gekündigt worden und zeigte uns Schwarz auf Weiß, daß S. am 14. und 15. August und am 18. und 19. September nicht im Geschäft war, was seine Kündigung zur Folge hatte. Im Uebrigen wurde S. seitens der Firma als tüchtiger Arbeiter bezeichnet, was auch sein Verdienst ausweist. Auf diese Aussagen hin lehnte der Verbandsschriftführer die Unterstützung ab. Eine Beschwerde des Mitgliedes wurde von dem Vorstände als unbegründet zurückgewiesen. Auf Veranlassung des Schiedsgerichts erklärte zu obiger Anschuldigung das Mitglied Folgendes: 1. Daß er am 14. und 15. August nicht in der Arbeit gefehlt habe und dieses auch sein Arbeitsbuch ausweise, indem er am 14. August eine Arbeit eingeschrieben erhielt, die um 2 Uhr fertig war und am 15. August eine größere Arbeit in Auftrag bekam; 2. daß er nicht am 18. und 19. September, sondern am 11. und 12. September und zwar mit Entschuldigung nicht im Geschäft war aus folgender Veranlassung. Montag, den 11. September sei Mitglied wie gewöhnlich um 6 Uhr ins Geschäft gegangen. Zur Frühstückspause habe er gleich wie die anderen Kollegen das Lokal verlassen. Unterwegs habe ihm der Postbote eine Karte überreicht, nach deren Kenntnisaufnahme habe er zu dem ihn begleitenden Kollegen Hofer gesagt, er möge ihn sofort nach Rückkehr zur Arbeit entschuldigen. Anstandshalber habe er geglaubt, als er am Mittwoch wieder ins Geschäft kam, es dem Obermaler nochmals zu sagen, daß er habe sofort verreisen müssen. Der Obermaler erklärte, er wäre schon am Montag von Maler Hofer verständigt worden und es gelte dasselbe, als wenn er es persönlich gemeldet hätte. Daß das Mitglied 2 Tage ausblieb, schildert Mitglied folgenderweise: Obwohl ich an demselben Montag Vormittags um 11 Uhr nach Hof fuhr, wo ich eine dringende Angelegenheit bei einem Advokaten zu erledigen hatte, konnte ich aber Montag nicht selbst mit ihm sprechen, da derselbe nach Ralmbach war und erst Nachts nach Hof kam. Ich blieb in Hof und erledigte meine Angelegenheit daher am Dienstag und fuhr erst Mittags von Hof fort und kam um 2 1/2 Uhr in Selb an. Zur weiteren Klarstellung wandte sich das Schiedsgericht nun an die Verwaltung der Zahlstelle in Selb. Es wurde bestimmt, eine Ausschusssitzung einzuberufen, wozu die vorjährigen Ausschusssmitglieder, sowie der Vorsitzende des betreffenden Akterpersonals einzuladen seien. Zunächst wurde über das eigenartige Verhalten des Kassirers und die sich widersprechenden Bemerkungen desselben auf der Rückseite des Formulars, Aufklärung gewünscht; desgleichen, daß die Unterstützung von der Verwaltung empfohlen war. Auch wurde verlangt, zu

untersuchen, ob die Angaben des klageführenden Mitgliedes auf Wahrheit beruhen und ob alsdann das entschuldigte Fernbleiben als sogenanntes Blaumachen zu betrachten sei. Betreffende Sitzung hat am 25. Februar d. J. stattgefunden und haben die Geladenen daran theilgenommen mit Ausnahme des derzeitigen Kassirers. Da dieser in der betreffenden Angelegenheit gerade als korrespondenzführende Person hätte zur Klärung der Sache wesentlich beitragen können, so ist dessen Fernbleiben wenn nicht bedenklich, dann doch zu rügen; es kann daher der Ausschuss über die nur von dem Kassirer unterschriebenen Bemerkungen keine Aufklärung geben. Der frühere Vorsitzende bekundet, daß ihm vom Obermaler gesagt worden sei, daß H. am 14. und 15. August entschuldigt gewesen, dagegen am 18. und 19. September nicht. Daß H. an einem Montag nach Hof reiste, wiewohl von dem Personalvorstehenden Sch. als richtig bezeichnet und weiß, daß dieses auch einigen Kollegen des H. bekannt war, daß dieser Montag aber der 11. September gewesen sein soll, kann Sch. nicht bestimmt sagen, weil er sich das Datum nicht gemerkt habe. Die Ausschussführung kann ferner die Frage bezüglich des entschuldigten Fernbleibens von der Arbeit nicht als sogenanntes Blaumachen betrachten.

Das Schiedsgericht beschloß, daß dem klageführenden Mitgliede die Unterstützung zu bewilligen sei, indem ein großes Selbstverschulden, welches nach Paragraph 1 des U. R. das Recht auf Unterstützung ausschließt, nicht nachgewiesen werden kann.

Das Mitglied sollte wegen wiederholten Blaumachens gekündigt worden sein. Der Prinzipal, welcher die Kündigung ausgestellt hatte, erklärte auf Befragen, soviel er wisse, sei H. wegen Blaumachens gekündigt worden, man solle aber nochmals den Direktor oder den Obermaler fragen. Mit Bestimmtheit kann also nach dieser Aussage nicht festgestellt werden, daß dieserhalb die Kündigung erfolgt ist. Der Obermaler hat bekundet, daß H. 2 Tage entschuldigt gewesen sei. Ein Unterschied liegt nur in der Angabe des Datums. Der Obermaler giebt den 14. und 15. August und das Mitglied den 11. und 12. September an. Eine Entschuldigung hat also thatsächlich stattgefunden und ist nach Angabe des Mitgliedes auch von dem Obermaler anerkannt worden. Weiter wird bekundet, daß das Mitglied verreist gewesen ist und ist daher die Anschließung, das Mitglied sei wegen Blaumachens entlassen worden, eine Verleumdung. Als sogenanntes Blaumachen bezeichnet man doch ein müßiges, zweckloses Herumhummeln, bezw. unfolide Lebensweise. Auch die Ausschussführung kann das Fernbleiben des H. nicht als sogenanntes Blaumachen betrachten, auch wurde H. von der Firma als tüchtiger Arbeiter geschildert.

Die Zahlstellenverwaltung erkennt an, daß H. sich der Verbandsangelegenheiten annahm. Auch soll dem H. bei seinem Eintritt bei der Firma dieserhalb gesagt worden sein, wenn er sich nur im Geringsten rühre, fliege er den ersten besten Tag hinaus. Es liegt daher die Möglichkeit sehr nahe, daß die Firma diese Gelegenheit benutzte, den H. zu kündigen.

Das Schiedsgericht.

Aus unserm Berufe.

Bei der Firma **Krinke u. Jörn** in **Penzig** (Glasmalerei), wurde bekanntlich gestreikt und waren auch einige Mitglieder unseres Verbandes dabei theilhaftig. Der Streik ist verloren gegangen, die Mitglieder mußten längere Zeit unterstützt werden (zwei wurden obendrein des Landes verwiesen). Die Firma scheint nun eifrig Ersatzkräfte zu werben und ist es deshalb am Plage, darauf hinzuweisen, daß diesem Geschäfte der Triumph über ihren „Sieg“ nicht allzu leicht durch Arbeitsangebote gemacht wird. Im Uebrigen herrscht dortselbst fühlbarer Wohnungsmangel und sind überhaupt die Arbeitsverhältnisse in einem Geschäft, wo die Arbeiter Grund zum Streiken hatten, jedenfalls keine guten.

Von **Elgersburg** wird geschrieben: In den **Elgersburger Porzellanfabriken** scheint wieder ein flotter Geschäftsgang eingetreten zu sein, besonders die bekannte Firma **M. S. Wörmer** sucht wieder Arbeiter in allen Branchen. Wir ersuchen daher die Berufsgenossen recht vorfichtig bei Engagements nach hier zu sein. Die Verhältnisse der Firma **Wörmer** brauchen wir wohl nicht erst wieder in Erinnerung zu bringen, weil darüber schon genug in der „Ameise“ zu lesen war. Fremde Kollegen können sich hier nicht halten, einmal ist schwer ein Logis zu bekommen, weil die Logisgeber wissen, daß sie doch zu guter Letzt so und soviel einbüßen müssen. Wenn sich in

solchen Fällen die hiesigen Kollegen nicht ins Mittel schlagen würden, würde mancher viel zurück lassen müssen von dem was er mitgebracht hat. Auch steht es bei genannter Firma sehr mißlich bezüglich der sanitären Verhältnisse; wer schon in dieser Fabrik gearbeitet hat, wird sich schwerlich wieder hierher wenden.

— **Lohnaufbesserung, Arbeitszeitverkürzung** — wie sträuben sich die Unternehmer in unserem Berufe, wenn die Arbeiter nur minimale Forderungen nach diese Richtung hin stellen! Unternehmer, nicht minder aber auch die Arbeiter, könnten sich an Folgenden ein Beispiel nehmen:

Die Frage der Arbeitszeit-Verkürzung hat in der vergangenen Woche in Kiel einige praktische Erfolge zu verzeichnen gehabt. Eine Maschinenfabrik (Bohn u. Köhler) hat ihren Arbeitern ohne Lohnabzug an Stelle des bisherigen 10 stündigen den 9 1/2 stündigen Arbeitstag bewilligt und außerdem die für Zuspätkommen festgesetzten Strafen in der Arbeitsordnung gestrichen. Und jetzt hat die größte Feilenhauerei der Provinz, die von Buchholz in Kiel ihren Arbeitern den 9 stündigen Arbeitstag bewilligt. Gleichzeitig hat sie die Freigabe des 1. Mai als Feiertag versprochen und den Lohnarif um 5 bis 10 Prozent aufgebessert und einem Minimallohn von 4 Mark für Gesellen zugestimmt. In der Feilenhauerei von Kern in Preetz dürfte es zum Streit kommen, da der Inhaber die Forderungen seiner Arbeiter abgelehnt hat.

Die Porzellanfabrik **Aktien-Gesellschaft H. Rosenthal u. Co.** in **Fels** wird nach den Beschlüssen des am 21. d. Monats in Dresden abgehaltenen Aufsichtsrathssitzung nach reichlichen Abschreibungen im Betrage von 67 843 Mark die Vertheilung einer Dividende von 8 pSt. und einen Vortrag von 20 135 Mark auf neue Rechnung, der Generalversammlung vorschlagen.

Die „**Solidarität**“ warnt vor Bezug von Porzellanarbeiten nach **Schönfeld** und **Gibau**. Der Vorstand der Union versendet ein Circular an die Ortsgruppen der westböhmisches Porzellanarbeiter, woraus hervorgeht, daß in den Gruppen **Altrohla**, **Waherhöfen**, **Fischern**, **Dallwitz** und **Chodan** eine energische Agitation durchgeführt werden soll. Es finden demzufolge Anfangs April Versammlungen in den genannten Orten, als auch am 8. April eine Konferenz der Ortsgruppenobmänner in **Fischern** statt.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

Die **Berliner Holzindustrie** ist durch den Streik der Möbeltischler und darauf erfolgte Aussperrung der übrigen Arbeiter in starke Mitleidenschaft gezogen worden. Jetzt ist nun der Konflikt beendet worden, und lassen wir das darauf Bezügliche nach dem „Vorwärts“ folgen:

Die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter ist nunmehr definitiv beendet, nachdem die maßgebenden Organisationen der Arbeiter und Unternehmer ihre Zustimmung zu den Einigungs-vorschlägen gegeben haben. Die Arbeiter haben keinen durchschlagenden Erfolg erzielt, aber dennoch, erreicht, daß in einer Reihe von Werkstätten, wo besonders schlechte Löhne gezahlt wurden, nunmehr eine Erhöhung erfolgen muß. Auch da, wo bisher gewisse Nebenarbeiten (Holztragen) nicht bezahlt wurden, muß diese Arbeit vergütet werden. Mitthin ist gerade für die am schlechtesten gestellten Arbeiter eine Aufbesserung erfolgt. Weitergehende Forderungen mußten aufgegeben werden, denn schließlich lassen sich bei zwei so starken Gegnern nur

Friedensbedingungen durch gegenseitiges Nachgeben festlegen. Es sei auch an dieser Stelle konstatiert, daß das Einigungsamt sich bei äußerst mühevoller Arbeit mit anerkanntem Eifer gewidmet hat, unermüdet für ein Zustandekommen der Einigung thätig war. Das gilt sowohl von dem Vorsitzenden Herrn von Schulz, als auch von den Beisitzern beider Gruppen.

Die Arbeiter thaten gut daran, die Vorschläge des Einigungsamtes anzunehmen, dem Unsicheren der Zukunft das Sichere des gegenwärtig Gebotenen vorzuziehen, sie haben den Kampf ehrenvoll beendet und die Unternehmer haben keinen Anlaß, zu triumphieren. Wir geben uns auch der Hoffnung hin, daß die Organisation der Streikenden aus diesem Kampf ungeschwächt hervorgeht. Denn wenn ja, so haben in diesem Kampfe die Unternehmer durch ihre Aussperrung den unorganisierten Arbeitern eingebläut, was es heißt, ohne Organisation, ohne Unterstützung fünf und eine halbe Woche arbeitslos auf der Straße zu liegen. Für diese den unorganisierten Arbeitern ertheilte bittere Lehre, gebührt den Unternehmern noch nachträglich der Dank. Sie haben mehr bewirkt, als der schlimmste Terrorismus der Arbeiter erreichen könnte; ziehen die Arbeiter die richtige Lehre, dann kann es nur zum Nutzen der Organisation geschehen. Die Organisation der Unternehmer giebt auch dem Arbeiter die dringende Mahnung: Jeder Holzarbeiter muß seiner Organisation angehören!

Die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes und die des Vereines der Berliner Holzindustriellen waren am Dienstag Vormittag nochmals zusammengekommen, um den Schiedspruch des Gewerbegerichts entgegenzunehmen.

Zunächst einigten sich nach längeren Verhandlungen die Vertreter der Holzarbeiter mit den Holzindustriellen dahin, daß für die Holzindustrie 5 Achtehner-Kommissionen gebildet werden und zwar für die Möbeltischlerei 2 Kommissionen (1 für bessere und 1 für einfache und Küchenmöbel), 1 für Ladentischlerei, 1 für Maschinenarbeiter und 1 für Bautischler. Letztere Kommission ist vollständig unabhängig, kann dieselbe ihre Differenzen nicht erledigen, so soll ihr das Recht zustehen, sofort das Einigungsamt anzurufen. Die anderen Kommissionen sind nur Unterkommissionen. Um 12 Uhr trat das Einigungsamt zusammen. Assessor v. Schulz richtete zunächst eine Anfrage an Glocke, ob die Personen, welche dem Vergleich nicht zugestimmt haben, vom Verband unterstützt würden? Hierauf bemerkt Glocke, daß nach den Generalversammlungs-Beschlüssen des Holzarbeiter-Verbandes vom Sonntag diejenigen, welche die Arbeiten nicht zu den Einigungsbedingungen annehmen, keinen Anspruch auf Unterstützung erheben können. Herr v. Schulz erklärte nunmehr, daß nachdem beide Theile, auch der Holzarbeiter-Verband, die Einigungsvorschläge angenommen, es sich erübrige, den Schiedspruch zu fällen. Er spricht den Parteien seinen Dank aus und damit ist die öffentliche Sitzung geschlossen. Seitens der Holzindustriellen wurde von Glocke verlangt, die Erklärung dahingehend abzugeben, daß, wenn die Maschinenarbeiter, ohne die Achtehner-Kommission anzurufen, in Streik treten, ihnen vom Holzarbeiter-Verband keine Unterstützung gewährt werde. Glocke antwortete, daß es ihm nicht möglich ist, eine solche Erklärung abzugeben.

Versammlungsberichte etc.

Unter anderem beschäftigte sich die hiesige Zahlstelle in der letzten Versammlung mit dem Antrag Oberkopau. Wir schließen uns ganz dem Antrage an

und erziehen den Vorstand, hierüber eine Mitglieder-
entscheidung vorzunehmen.

Zanzenwieser. Die diesige Zahlstelle hielt am
23. d. M. im Saale des Rathhauses eine öffentliche
Versammlung ab, in welcher Sen. May aus Erfurt
über das Maltsch nach dem bürgerlichen Gesetzbuch
referierte. Die Versammlung war gut besucht, fast alle
Berufsstände, selbst Gensdarmrie und Polizei waren
zur Gänze vertreten. — Im Einzelnen auf die Aus-
führungen des Referenten einzugehen wäre überflüssig,
da wir überzeugt sind, daß durch diesen Vortrag den
Anwesenden, speziell den Mietern und Vermietern,
durch die klaren und sachlichen Ausführungen die Augen
zur Gänze geöffnet worden sind, wofür dem Referenten
die reichsten Beifallsbezeugungen zu Theil wurden. Der
Sitzende unserer Zahlstelle dankte im Namen der
Anwesenden dem Referenten für den lehrreichen Vortrag,
sprach zu gleicher Zeit die Hoffnung aus, auch ferner
ähnliche Vorträge anhören zu können, event. dafür Sorge
tragen zu wollen.

Literarisches.

— Soeben erschienen und zu beziehen durch den
Verlag Otto Goerke, Charlottenburg: „**Die 20
Jahrhundertschwand**“, Sammlung gemeinverständ-
licher Abhandlungen über die wissenschaftlichen, technischen,
politischen und sozialen Fortschritte im 19. Jahrhundert.
I. Heft: Geistige Umwälzungen im 19. Jahr-
hundert. Von Dr. Bruno Borchardt. Mit Ab-
bildungen. Preis 20 Pf. Bei Bezug von mindestens
10 Exemplaren pro Stück 18 Pf.

Diese in leichtverständlicher Weise geschriebenen
Abhandlungen, in besonderen abgeschlossenen Heften
à 64 Seiten, dürften für jede Arbeiter-Bibliothek zu
empfehlen sein.

— Im Verlag von J. S. W. Diez Nachfolger in
Stuttgart ist soeben Heft 10 und 11 des „**Arbeiterrecht**“
von Arthur Stadthagen, Mitglied des Deutschen Reichs-
tags, erschienen.

Dem Werke direkt angeschlossen ist der **Führer
durch das bürgerliche Gesetzbuch**. Mit vielen
Beispielen und Formulare für Klagen, Anträge und
Beschwerden u. s. w.

Das „**Arbeiterrecht**“ enthält Alles, was für den
Arbeiter notwendig ist zu wissen und macht Textaus-
gaben der Gesetze erst verständlich. Das Werk wird in
22 Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pf. erscheinen.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und
Korrespondenzen entgegen.

Alle acht Tage erscheint ein Heft.

Briefkasten.

Hirschberg. Wenn mir ein längerer Bericht über
die Krankentassenangelegenheit zugesandt wurde, von
dem ich verantwortlich in der Öffentlichkeit Gebrauch
machte, so ist es wohl recht und billig, daß mir dann
über den weiteren Verlauf und speziell über die eventl.
Zurücknahme der Kündigungen ebenfalls Bericht ge-
macht wird. B. hat mir nichts mitgeteilt und hatte
dazu jedenfalls auch keine Ursache. — Ich bitte also
um genaue Bericht der Verwaltung ob alle Kündigungen
und unter welchen Umständen dieselben zurückgenommen
worden sind.

Tambach. Mehr als wie in dem fraglichen Be-
richte steht, kann ich Ihnen auch nicht sagen. Es soll
eben gelegentlich über die Sache in den Versammlungen
diskutiert werden.

Adressen-Nachtrag.

Aktwasser. Schriftf.: Gustav Zimmer, Maler,
I. Dez. 19.

Sterbetafel.

Eisenberg. Herr Taubert, geboren am
28. Januar 1851, gestorb. am 18. März 1900 an
Lungenemphysem. Mitglied des Ver-
bandes und Beihilfefonds.

Grünstadt. Ludwig Emmert, Dreher,
geboren am 16. Mai 1880, gest. am 8. März 1900
an Lungenentzündung. Krankheitsdauer
6 Tage. Mitglied des Verbandes u. Beihilfefonds.

Ehre ihrem Andenken.

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Mittwoch, 4. April,
Abds. 8 Uhr bei Fischbach, Charlottenburg, Marktstr. 24.
Helen. Sonnabend, den 31. März, im Vereins-
lokal.

Arzberg. Sonntag, den 1. April 1900, Nach-
mittags 1/3 Uhr im Vereinslokal. Außenstehende
Bibliothekbücher sind bis dahin einzuliefern. Wegen
Quartalsabschluss werden die Mitglieder ersucht zahlreich
zu erscheinen.

Berlin II. Sonnabend, den 7. April. Tages-
ordnung: Bericht über die Lohnbewegung. Verschiedenes.

Versammlungen vom Verbande der Porzellan- u. erwerbten Arbeiter. — Bericht. Redaktor: Richard Jahn, Berlin SO., Engelufer 15 II.
Druck und Verlag: Otto Goerke, Charlottenburg, Marktstr. 24.

Blankenhain. Sonnabend, 31. März, bei
Spiegler. Pünktliches Erscheinen Aller ist unbedingt
notwendig.

Bayreuth. Sonnabend, 31. März, Abends
8 Uhr bei Fritz Görl.

Elgersburg. Sonntag, den 8. April, Nach-
mittags 2 Uhr im Fürstehof. Quartalsabschluss.

Frankfurt a. O. Sonnabend, den 7. April,
Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Gera. Sonnabend, den 31. März, Außerordent-
liche Versammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung ist
das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Gräfenhain. Sonnabend, 31. März, Abends
8 Uhr im Vereinslokal.

Gräfenhain. Sonnabend, den 31. März, im
Schützenhause. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung
werden sämtliche Mitglieder ersucht zu erscheinen. Auch
gibt es ein Faß Freibier. (Prost! D. R.)

Grünstadt. Sonnabend, 31. März, Abends
8 Uhr im Vereinslokal J. Rappes. Die Mitglieder
werden dringend ersucht, die Bibliothekbücher mitzubringen.

Gausen. Sonntag, den 1. April, Nachmittags
1 1/2 Uhr im Vereinslokal bei Haack in Unnersdorf.

Ilmenau. Sonnabend, 8. April, im Vereins-
lokal zur „Söhnen Lusthölle“.

Kronach. Sonnabend, den 5. April, Abends
8 Uhr. Quartalsabschluss. Restbeiträge sind bis dahin
zu decken.

Sangewiesen. Sonnabend, den 14. April in
der Centralhalle.

Meißen. Sonnabend, den 7. April, Abends
8 Uhr im „Kronprinz“.

Mürnberg. Die am 31. März tagende Ver-
sammlung findet im neuen Vereinslokal, Restaurant
„Zum Felseder“, Felseder- und Ecke Fabrikstraße in
der östlichen Vorstadt statt.

Nördlich. Montag, 2. April, Abends 7 Uhr
im Vereinslokal.

Pottschappel. Jeden ersten Sonnabend im
Monat Zahlabend im Gasthof zum Deutschen Haus. Alle
Mitglieder haben zu erscheinen.

Probstzella. Sonntag, den 1. April, Nach-
mittags 3 Uhr im Reiningen Hof, Quartalsabschluss.
Um zahlreiches Erscheinen der Verbandsmitglieder wird
gebeten.

Rehau. Sonnabend, den 7. April, Abends
8 Uhr in der Carlhölle. Quartalsabschluss.

Reichenbach. Sonnabend, 31. März, Abends
8 Uhr im Hüners Gasthof. Wegen Quartalsabschluss
werden die Mitglieder ersucht ihre restierenden Beiträge
bis zum Sonnabend zu entrichten.

Roda. Sonnabend, 7. April, im Vereinslokal.
Quartalsabschluss. Mitteilungen.

Selb. Sonntag, 1. April, Nachm. 1/3 Uhr im
„Ludwigskeller“.

Suhl. Sonntag, den 8. April, Nachmittags
3 Uhr in den „Drei Linden zur Goldlauter“ b. Suhl.

Tambach. Sonnabend, den 7. April, Abends
8 Uhr im Stengel'schen Gasthof. Wichtige Tages-
ordnung.

Tiefenfurt. Sonnabend, 31. März, Abends
8 Uhr im Vereinslokal.

Unterpörlitz. Sonnabend, 31. März, Abends
8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Vortrag: Alters- und
Invalidenversicherungsgesetz. Das Erscheinen Aller ist
nötig.

Weißwasser. Sonnabend, den 7. April, im
Vereinslokal Café Central.

Wittenberg. Sonnabend, 31. März, Abends
7 Uhr im Vereinslokal.

Für die **Freiwilligen Bergarbeiter Oster-
reichs** gingen bei der Gewerkschaftskommission in Wien
(Queber) ein: Von der Zahlstelle Dörmisdorf 30 Mt.,
worüber hiermit quittiert wird.



Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen
bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtkm., Thür.

**Goldschmiedere, sowie goldhaltige
Lappen, Pinsel, Paletten,
Flaschen, Näpfe u. s. w.**

werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit
2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell
erledigt.

H. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.

Man verlange Prospekte.
Reelle und pünktliche Bedienung.
Aeltestes Geschäft dieser Art.
Goldschmiedere und alle Goldhaltigen Sachen.
Einkaufsgeschäft für Glanzgold
Eisenberg, S.-A.
RMIT Böhme,

Berlin.

Berlin.

Urania, wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

Ostersonntag, den 15. April 1900

Sonder-Vorstellung.

Eröffnung Nachmittags 4 Uhr. Vorstellung 5 Uhr.
Billets à 50, 60 und 70 Pf. sind bei den Verwaltungs-
mitgliedern von Berlin II und Berlin-Wobbit
zu haben. Nach der Vorstellung **Gemüthliches Bei-
sammensein** bei Gittler, Jägerstr. 4. Güter
Abendisch von 50 Pf. an.

Arbeits-Nachweis

der Porzellan-, Glas- und Galanteriemaler
Berlins.

Der Arbeits-Nachweis wird vom 1. April
ab von Naunynstr. 74 nach Naunynstr. 8,
vorm 4 Tr. bei Kuln u. Richter verlegt.

Martinroda. Die Zahlstelle feiert am 1. April ihr

1. Stiftungs-Fest

bestehend in Gesangs- und humoristischen Vorträgen.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sämtliche Mitglieder der um-
liegenden Zahlstellen werden hiermit freundlichst eingeladen.
Die Verwaltung.

Magdeburg-Neustadt. Theile den Verhandlungsge-
nossen der Zahlstelle mit, daß die Beiträge vorläufig an den
Revisor Gen. G. Rudolph, Westernturstr. 17, zu
zahlen sind. Die nächste

Zahlstellen-Versammlung

findet am Freitag, den 13. April, Nachmittags
4 Uhr statt, und werden die Mitglieder aufmerksam
gemacht, daß bis dahin der Quartalsabschluss fertiggestellt
wird. Zugleich Neuwahl eines Kassiers.

M. Stenger.

Kahla. Sonntag, den 1. April 1900, Nachmittags
punkt 3 Uhr, öffentliche

Gewerkschafts-Versammlung

im Rosengarten. Die Mitglieder werden ersucht, zu
dieser Versammlung recht pünktlich und zahlreich zu er-
scheinen.

Die Verwaltung.

Spandau. Sonntag, den 1. April d., Nachmittags
3 Uhr

Öffentliche

Porzellanarbeiter-Versammlung

im Lokale des Herrn Wehr, Bismarckstr. 39. Tages-
ordnung: 1. Agitationsvortrag. Ref. Gen. Poesenfelder.
2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Achtung! Das Mitglied 22077 Max Mary
hat auf Reisen bei dem Kassier der Zahlstelle Düssel-
dorf, Theodor Klug, Reihelstr. 107, für die Zeit vom
18. bis 25. Februar d. J. Unterstüfung im Betrage
von 8 Mt. erhoben und fehlt hierüber die Quittung.
Obiges Mitglied wird ersucht, diese Quittung baldmög-
lich an den Gen. Klug einzusenden.

Eine flottgehende mit guter und großer Kundschafft ver-
sehene **Porzellanmalerei** mit Patentzugmüffel
und zum Großbetrieb eingerichtet, ist zu verkaufen,
event. zu verpachten. Es bietet sich Gelegenheit für
3-5 Maler, welche Rasse besitzen, sich selbstständig zu
machen durch Gründung einer Genossenschaft. Bedin-
gungen günstig. Offerten erbitte unter Chiffre H. H.
an die Expedition der „Ameise“: R. Jahn, Berlin SO.,
Engelufer 15, II.

Mehrere Porzellanmaler

für bessere Landschaften, bauernde B. (Maltigur) sofort
gesucht. Gust. Kallerer, Schleusingen i. Thür. Probe-
arbeit erwünscht.

Vorzügllicher Plattenmaler

für Landschaften sofort gesucht bei bauernder Stellung.
Gust. Kallerer, Schleusingen i. Thür. Verschiedene
Abzüge als Probearbeit erwünscht.

Jahresmaler

auf Emaille sofort gesucht. Offerten mit Gehalts-
ansprüchen unter „Maler“ a. d. Expedition der „Ameise“:
R. Jahn, Berlin SO., Engelufer 15, II.

Die Besteuerung der Waarenhäuser.

Während unsere deutsche Reichsregierung der Volksvertretung zumuthet, nicht etwa Millionen, sondern Milliarden für die Flotte auszugeben und diese unerhörten Forderungen hauptsächlich mit den Interessen des Handels rechtfertigt, während Kathedermarinisten und andere Regirungsbeamte auch den Arbeitern einzureden suchen, daß wir, um den Absatz unserer Industrie zu vermehren, die Kosten für die Flotte tragen müssen, erfindet die Regierung Preußens einen Steuerplan, der darauf ausgeht, den Absatz der deutschen Produkte zu vermindern und den Handel in der schwersten Weise zu schädigen. Es sind die Apostel der Mittelstandsrettung, deren Wünschen die Regierung Rechnung trägt, deren anhaltender Agitation es gelungen ist, das zartbeseitete Herz des Herrn Miquel zu rühren und ihn zu veranlassen, den nothleidenden Bodenbesitzern auf seine Weise zu helfen. Miquel ist bekanntlich sehr gutmüthig, er ist barmherzig und hilfsreich, ein edler Menschenfreund. Ganz besonders dann neigt er zu edlen Thaten der Milde, wenn diese Handlungen wahrhaft ergreifender Nächstenliebe auch für den Fiskus etwas abwerfen. Nächstenliebe ist schön — Geldverdienen noch schöner! Das ist das moderne Christenthum des preußischen Staates. Es ist nicht jene veraltete Religion des Nazareners, der da sagt: „Geben ist seliger, denn nehmen!“ Nein, es ist ein praktisches, modernes, parfümirtes Christenthum. Man muß es sich stets zum Grundsatz machen, das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden. Den Mittelstand retten und gleichzeitig Geld verdienen! Das ist das neueste Evangelium Johannes — von Miquel's.

Wenn der neue Steuerplan vor den Reichstag käme, wäre die Sache nicht gar so schlimm, denn die Abgeordneten des gleichen Stimmrechtes würden es sich wohl doch reiflich überlegen, ob sie für ein Gesetz eintreten sollen, welches für die Arbeiter die schwersten Schädigungen im Gefolge hat. Aber der

preussische Landtag ist der Automat unter den Parlamenten. Er ruft der Regierung zu: „Bediene Dich selbst!“ Die Gesetzentwürfe werden oben hineingeworfen und kommen unten genehmigt wieder heraus! Das ist immer so, wenn die Regierung nicht mal ausnahmsweise, — wie bei den Kanalplänen — etwas für das Volk nützliches beabsichtigt. Nur, wenn das Klassenbewußte Junkertum sich in seinen Interessen geschädigt glaubt, mag der preussische Landtag, einmal zu zeigen, daß er überhaupt existirt.

Die neue Waarenhaussteuer, die von der Regierung dem preussischen Dreiklassenparlament vorgeschlagen wird, ist nichts als eine der zahlreichen indirekten Steuern, an denen das deutsche Volk schon bisher so schwer zu tragen hat. Wenn man die Absicht hätte, die großen Waarenhausbesitzer zu treffen, nun wohl! Man verdoppele die Einkommensteuersätze in den Stufen über 10 000 Mark, man vervierfache die Vermögenssteuer für die Millionäre, man führe eine stark progressivere Erbschaftsteuer ein! Herr v. Miquel, das wäre ein Fiscalismus, der die begeisterte Zustimmung des armen ausgepreßten Volkes finden würde! Aber die neuesten Steuerpläne sind nichts als eine neue Erleichterung der Taschen des Volkes! Das ist ja das Empörende, daß diese Steuer nicht bezahlt werden wird von jenen großen Bazarbesitzern, wie Wertheim, Lubasch, Tieg und wie sie alle heißen mögen, nicht von jenen Massenausbeutern, sondern daß es die Angestellten und das laufende Arbeiterpublikum sind, die in der schwersten Weise geschädigt werden sollen! Kann man auch nur einen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß jene Herren wie Wertheim und Lubasch — die neue Umsatzsteuer in erster Reihe dadurch werden einzubekommen suchen, daß sie ihr Personal, die hart geprügten Kommiss, die Handlungsgehilfen und die Hausdiener, nach Möglichkeit verringern und die schon jetzt so kärglichen Gehälter noch mehr herabsetzen! Wer die sozialen Verhältnisse dieser leider widerstandsunfähigsten Schicht des modernen

Proletariats kennt, der wird nicht einen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß es den Prinzipalen sehr leicht werden wird, einen erheblichen Theil der neuen Steuer auf die Schultern der Angestellten abzuwälzen. Fürwahr, eine Maßnahme echt preussischer Sozialpolitik, die terartige Folgen zeitigt!

Wird also ein Theil der neuen Steuer von dem Ladenpersonal getragen, so wird natürlich der Rest dem Käufer aufgebürdet. Es wäre eine Behauptung von wahrhaft zwerchfellerstatternder Komik, daß etwa die reichen Kaufherren selbst einen Theil der neuen Steuer tragen werden. Man sollte sich doch nicht so naiv, als traua man unteren großen Kaufleuten zu, sie verständen nicht zu rechnen! Wie alle Geschäftsunkönnen, werden selbstverständlich auch die neuen Steuern bei der Kalkulation der Waarenpreise berücksichtigt und die unausbleibliche Folge muß naturgemäß eine Wertheuerung, also eine weitere Einschränkung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse sein! Man wende mir nicht ein, daß die neue Steuer sich ja nur auf die Großbuzare erstreckt und nicht auch auf diejenigen Geschäfte, welche nur Waaren derselben Branche führen. Wenn die Herren Wertheim und Genossen theurer werden, werden ihre Konkurrenten nicht zurückbleiben. Der Arbeiter hat gar keine Ursache, für eine Maßregel einzutreten, welche dem Herrn Ladenbesitzer die Möglichkeit bietet, ihm seine Möbel und seine Kleidung, wie die nothwendigsten Mittel seiner ärgerlichen Haushaltung noch mehr als bisher zu vertheuern. Der Proletarier wird heute eben überall hineingelegt; ihm kann es gleichgiltig sein, ob man ihm im großen Bazar unreele Waare anbietet, oder ob er aus einem der kleineren Läden nutzlose Gegenstände ohne — Werth heimträgt.

Aber nicht nur als Konsument wird der Arbeiter schwer durch die Erbschaftsteuer getroffen, sondern mindestens ebenso auch als Produzent. Wenn der Konsum der Waaren zurückgeht, wenn der Absatz stöckelt, was ist die unausbleibliche Folge? Nichts anderes, als eine neue Aera der Arbeitslosigkeit und damit

Der Dudelsackpfeifer.

Stizze nach dem Spanischen.

Er befand sich gerade in Gesellschaft von vier oder fünf seiner Bewunderer, als die Töne eines Dudelsackes an sein Ohr drangen. Der Konzertkünstler blieb stehen und lauschte. Der Klang kam aus einer Seitengasse, welche nahebei in die große Avenue mündete, und obwohl er vom Geräusch der Wagen unterbrochen war, so ließ sie doch erkennen, daß der Spieler seine Kunst beherrschte.

Sofort verstand der Virtuose den Stil, das konnte nur ein Einziger — sein alter Kamerad in der Kunst des Dudelsackes — sein früherer intimer Freund und jetziger geschworener Feind und Rivale. Wie wäre es nur möglich? Chindo mußte doch jetzt in seinem Dorfe sein, mußte doch wie immer auf den Märkten dudeln und pfeifend umherstreifen — dort unten in Galizien, in Betder Heimath, die er nicht verlassen wollte? Und dennoch, das war ganz seine Spielweise!

„Der Arme dort, der, wie ein Bettler um Almosen bittend, durch die Straßen zieht! Er scheint mit dem letzten Emigrantenzug angekommen zu sein.“

Die Musik kam jetzt näher, und auf der prunkenden Avenue erschien ein Mann mit zerrissenen Kleidern, barfußig und von Wind

und Wetter mitgenommen. Obwohl in der Kraft seines Mannesalters stehend, hatte ihn das Elend und mehr noch Angst und Unruhe gekennzeichnet. So kam er mit seinem Dudelsack im Arm, zerrissen und zerlumpt, langsam näher und sahndete zwischen den Sägen seiner Schalmei nach den Münzen, die ihm Vorübergehende gaben, oder die ihm von den Balkonen zuwerfen wurden.

„Er ist es!“ murmelte der Künstler bewegt. Plötzlich stieg vor ihm sein eigener Lebensgang auf. Die Erinnerung, wie sie Beide in Jugendfreundschaft vereint waren, wie sie zusammen an den Festtagen in ihrer engen Heimath spielten, die Erinnerung an seine Triumphe mit diesem unscheinbaren Instrument auf einer südamerikanischen Konzertreise, die Gluth und das Brausen des Applauses, die er doch nur diesem armen Emigranten, dem Komponisten seiner Konzertstücke, die ihm Ruhm und Gold brachten, verdankte, ihm, dem unbewußt begnadeten Musiker, der nicht einmal eine Note kannte und dennoch eine Macht von Gefühl und Herz zu äußern wußte, die Ueberzeugung schließlich, daß er nur ihm, seinem Meister, Alles verdankte — Alles das schlug mächtig an sein Gewissen. Dann stand vor seinem Augen das Bild jenes Welches, das Beide zu lieben glaubten, das Beide täuschte und gegenseitig zum Haß entflammte.

Und da stand nun Chindo vor ihm, ein Emigrant, elend und um Gaben bittend, während er, vom Glück verwöhnt, sein Leben in vollen Zügen genoss! Und sich zum Sehen wendend, ehe ihn sein Kollege erkennen konnte, murmelte er zu sich selbst: „Du sollst nicht untergehen!“

Der strahlende Theatersaal war an jenem Abend überfüllt von einer fröhlich bewegten Menschenmenge. Es war ein Festvorstellung. Der edle Zweck hob die Stimmung im Publikum, und mehr denn je lauschte die Menge den Tönen, die sie an ihr fernes Vaterland erinnerte. Für ihn wahr es einer der größten Triumphe, die ihn je in seiner Künstlerlaufbahn beglückten, und als er dann sein typisches Heimathspiel auf dem Dudelsack begann, erhob sich in der erregten Menge eine Begeisterung, die am Ende zu einem Delirium und nicht zu beruhigenden Enthusiasmus ansetzte. Da geschah etwas Unerwartetes, etwas, das dem Publikum dieses Schweigen aufzwang, da es dem Vorgang ahnungslos gegenüberstand.

Niemand hatte bemerkt, daß der Künstler während seines Spieles oftmals unruhig zu den rechten Kulissen hingeblickt hatte. Abgelenkt an eine Kulisse stand dort sein Kamerad aus der Heimath; ja, er stand dort wie ver-

Vergewöhnung des Stands, des Druckes und der Noth, die heute schon auf dem Arbeiter lastet. Raum ist ein paar Jahre lang eine Woche eines gewissen wirtschaftlichen Aufschwunges eingetreten, dessen Segnungen allerdings größtentheils dem Unternehmertum zu gute kommen, da bemüht sich eine hochwohlwollende Regierung bereits, eine Maßregel zu erfinden, welche neue Absatzlöcher herbeiführen muß. Wie schwer werden nicht beispielsweise die Arbeiter der Spielwaaren-, wie grausam die der Porzellan-Industrie durch dieses Nachwerk preußischer Finanzpolitik getroffen werden.

Aber damit noch nicht genug! Der berechtigste Groll des Proletariats über den neuen Steuerentwurf muß sich zur flammendsten Entrüstung steigern, sowie es im Volke allgemein bekannt wird, daß nicht nur die Waarenpaläste der Millionäre getroffen werden sollen, sondern auch die Konsumvereine der Arbeiter. Es ist nämlich nur vorgesehen, daß diejenigen Genossenschaften steuerfrei bleiben sollen, die der Gewerbesteuer nicht unterliegen. Gewerbesteuerpflichtig sind aber alle Konsumvereine, welche einen offenen Laden haben oder aber Gewinne (Dividenden) an ihre Mitglieder vertheilen. Man mag die Konsumvereinsbestrebungen unterschätzen oder überschätzen, man mag sich wenig oder viel von Arbeitergenossenschaften versprechen, das wird man unter allen Umständen zugeben müssen, daß ein derartiges Ausnahmegesetz zu Gunsten einer Anzahl Ladenbesitzer nichts anderes ist, als eine der vielen Kriegserklärungen der Regierung an das arbeitende Volk. Schon bei einem Umsatz von einer halben Million soll die neue Steuer beginnen und in den meisten Fällen 20 pSt. des Ertrages, also den fünftelsten Theil sämtlicher Einnahmen verschlingen. Die Konsumvereine, diese kapitalistischen Unternehmungen der Arbeiter, will man vernichten, während man alle anderen kapitalistischen Einrichtungen durch Zuchthausgesetze gegen — den Umsturz zu schützen sucht. Die heutige Gesellschaftsordnung, diese „von

Gott gewollte Weltordnung“, beruht doch auf der freien Verfügung über das Eigenthum! Über was man bei Krupp und Stumm, Noth- schuld und Bleichröder, Herzog und Gerson lobenswerth findet, bekämpft man, wenn es von Arbeitern geschieht. Dann ist das Privateigenthum nicht heilig! Dann predigt man den Umsturz der Institution des Eigenthums — ohne Rücksicht auf die Theorien, die man sonst verfißt!

Die Parole des Proletariats muß dem gegenüber lauten: Fort mit den indirekten Steuern! Und da diese neue indirekte Steuer nur möglich ist durch das Dreiklassenwahlrecht, so muß es durch ganz Preußen wie ein einziger Schrei der Entrüstung gehen! In ganz Preußen muß die Arbeiterklasse energisch die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts verlangen, damit alle unerwünschten Steuerpläne in Zukunft unmöglich werden. Hans Marckwald.

§ 120 der Gewerbeordnung

hat für die gewerblichen Arbeiter eine große Bedeutung. Das heißt, eigentlich für die Gewerbeunternehmer, denn denen werden in diesem und folgenden Paragraphen Verpflichtungen auferlegt. Der § 120 lautet:

„Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Insbepondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze der Arbeiter gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen oder gegen andere in der

Natur der Betriebsstätte oder des Betriebes liegende Gefahren, namentlich auch gegen die Gefahren, welche aus Fabrikbränden entstehen können, erforderlich sind.

Endlich sind diejenigen Vorschriften über die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter zu erlassen, welche zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes erforderlich sind.“ Weiter § 120b.

„Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, diejenigen Einrichtungen zu treffen und zu unterhalten und diejenigen Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zu erlassen, welche erforderlich sind, um die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes zu sichern.

Insbepondere muß, soweit es die Natur des Betriebes zuläßt, bei der Arbeit die Trennung der Geschlechter durchgeführt werden, sofern nicht die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes ohnehin gesichert ist.

In Anlagen, deren Betriebe es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Umkleide- und Waschräume vorhanden sein.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.“ § 120c lautet:

„Gewerbeunternehmer, welche Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigen, sind verpflichtet, bei der Einrichtung der Betriebsstätte und bei der Regelung des Betriebes diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen, welche durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind.“

Das königliche Polizei-Präsidium zu Berlin bringt diese Bestimmungen in öffentliche Erinnerung und heißt es dazu:

„Diesen Anordnungen wird in vielen, namentlich älteren gewerblichen Anlagen noch nicht hinreichend entsprochen. Das Polizei-Präsidium, dem die Pflicht obliegt, auf die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen hinzuwirken und namentlich dafür zu sorgen, daß die verlangten Forderungen in neu zu errichtenden Anlagen berücksichtigt werden, bringt deshalb die gesetzlichen Bestimmungen in öffentliche Erinnerung. Da nachträglich bauliche Aenderungen in schon im Betriebe befindlichen gewerblichen Anlagen in der Regel unliebsame Betriebsstörungen und größeren Kostenaufwand verursachen, so liegt es im Interesse der Gewerbeunternehmer, die gesetzlichen Forderungen von vornherein zu berücksichtigen. Diejenigen Gewerbeunternehmer, die über das Maß dieser Forderungen nicht genügend unterrichtet sind, seien darauf hingewiesen, daß die zuständigen Gewerbe-Aufsichtsbeamten bereitwillig eingehende Auskunft geben. Zu diesem Zwecke, sowie zur Auskunft über andre die Gewerbe-Aufsicht oder die Dampfkehlprüfung betreffende Angelegenheiten sind die Beamten der ersten Gewerbe-Inspektion, Georgenkirchplatz 21, und der dritten Gewerbe-Inspektion, Calvinstraße 24, in ihren Diensträumen am Dienstag und Freitag jeder Woche von 12¹/₂ bis 1¹/₂ Uhr bestimmt anwesend.“

Man ersieht hieraus, daß also bei den Gewerbeunternehmern von Berlin, wo doch eigentlich „allens Scheine in Ordnung sein sollte“ auch nicht das soziale Pflichtbewußtsein so vorhanden ist, als es sein sollte.

Aus dem Versammlungsbericht der Zahlstelle Berlin-Moabit in Nr. 4 der „Ameise“ er-

zaubert, unbeweglich lauschend, starr und blaß wie Marmor, gänzlich im Bann der Musik. Gut, also es war sein Plan geglückt; der Boxer hatte in seinem Auftrag den Dudelsackpfeifer glücklich hinter die Bühne gelockt, um ihn scheinbar von irgend einem Winkel aus kostenlos das Konzert genießen zu lassen. Als dann bei Beendigung des Stückes das Publikum in frenetischen Jubel ausbrach, zog er den Kollegen aus dem Hintergrund hervor, gab ihm den Dudelsack und sprach, an die Lampe herantretend, mit lauter Stimme:

„Der Komponist des Stückes, das ich soeben die Ehre hatte, zu spielen, ist hier dieser arme Dudelsackpfeifer, den jeder in diesen Tagen in seiner Armuth durch die Straßen ziehen sehen konnte. Er war mein Lehrer und Meister und wird sich die Ehre geben, mit der gütigen Erlaubnis des Publikums das Stück noch einmal zu spielen.“

Ohne sich um den Applaus zu kümmern, den ihm das Publikum als Antwort gab, ging er zum bestürzt dastehenden Bettler, reichte ihm die Hand und sprach mit zitternder Stimme:

„Shindo, kennst Du mich nicht mehr? Sieh, ich kenne Dich noch und habe veranlaßt, daß Du herkamst! Laß uns Vergangenes vergessen und wieder, wie früher, Freunde, Brüder sein! Weißt Du? Du hast ja gehört, was ich zum Publikum gesprochen habe. Also — Du mußt jetzt spielen!“

Schweigend hörte Shindo zu, seine Lippen bebten, aber die Bestürzung überwältigte ihn,

und keines Wortes mächtig, ließ er sich schweigend vom Künstler vorziehen. Dann faßte er sich und begann sein Spiel.

Es war eine feine Weise, unendlich feiner als das vorige Spiel, eine Weise, welche die Thränen lockte. Beim Ende des Stückes dieses Bettlers und Künstlers weinte Alles. Dann brach ein nie gehörter Beifallsturm los und in nicht enden wollendem Jubel rief die entzückte Menge ihr „Bis!“ „Bis!“ Er mußte noch einmal spielen; noch einmal versank die Menge in das Traumbild der Heimath, hörte und sah im Zauber dieser Heimathsklänge die sonnige galizische Heimath, fühlte den Morgenwind, der leise durch die hohen Pinien rauschte, hörte das Lachen und Röcheln der Dorfschönen, die vom Fest zurückkehrten, das Seufzen und Witten der verliebten jungen Burchen — die ganze Poesie des Vaterlandes wurde wach.

Am Schlusse umarmte der Künstler seinen Freund und raunte ihm zu:

„Und jetzt noch einmal wir Beide zusammen!“

Und der arme Straßenmusikant gehorchte willig, schielte erdrückt von der Ovation, der ersten, die er je empfing, ohne sich Rechenschaft zu geben über das, was vorging. Er dachte nicht mehr an die alte Feindschaft, nicht an das unerwartete Wiedersehen und murmelte nur mit leiser, von Bewegung gebrochener Stimme:

„Wie Du willst, Antucho! Ich war Dir immer gut!“

sahen wir ja auch diverses, was nicht so ganz mit den obigen Bestimmungen in Uebereinstimmung zu bringen ist, in einer hiesigen Fabrik. Hoffentlich erfahren wir bald, daß nun aber alles den gesetzlichen und vollständig berechtigten Anforderungen entspricht.

Wenn nun aber in Berlin schon nicht alles so ist, wie es sein sollte, wo die Polizei zahlreich vertreten ist, wie wird es da nun in den entlegenen Fabriken und Fabrikchen des übrigen deutschen Vaterlandes aussehen?

Da wäre es freilich nöthig, daß einmal den Unternehmern öffentlich, und wenn es auch durch Ausschellen seitens des Ortsbüttels geschähe, obige Bestimmungen bekannt gegeben würden. — Der Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind es zu wenig und wenn es auch mehr wären, alles können diese nicht sehen.

Nun, wir haben mal wieder die Bestimmungen der Gewerbeordnung hiermit wenigstens den Porzellanarbeitern bekannt gegeben und da, wo den Bestimmungen entgegen gehandelt wird, wäre es, wenn sich sonst Niemand darum kümmert, deren Sache in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß der Unternehmer den Bestimmungen möglichst nachkommt.

Feinde der Krankenkassen.

Von offiziöser Stelle ausgehend, so schreibt der „Vorwärts“, macht jetzt eine ganz gemeine Verleumdung der Krankenkassen-Verwaltungen die Runde durch die Presse. In Anknüpfung an die in Vorbereitung befindliche Revision des Krankenversicherungsgesetzes wird ausgeführt, daß die Verwaltungskosten der Krankenkassen im Verhältnis zu den Ausgaben für Ärzte und Arzneien viel zu hoch seien. Dann heißt es weiter:

„Die Sozialdemokratie, welche ja bei einer großen Zahl von Orts-Krankenkassen ihre Anhänger durch Verleihung der Beamtenstellen versorgt und deshalb ein großes Interesse an möglichst hohen Verwaltungskosten bei der Krankenversicherung hat, hat häufiger darauf hingewirkt, die Kosten für die Ärzte und die Arzneien herunterzudrücken. Es sind ja nach dieser Richtung die sonderbarsten Manipulationen vorgenommen worden. Davon aber, daß die Sozialdemokratie die Minderung der Verwaltungskosten auch nur einmal in Anregung gebracht hätte, hat man nie gehört. Es wird deshalb Zeit, daß von Gesetzeswegen hierauf hingewirkt wird. . . . Zu wünschen wäre jedenfalls, daß die Zahl der Kassen vermindert würde. Gerade weil so viele Kassen existieren, sind die Verwaltungskosten so hoch geworden. Auch sind ja größere Kassen leistungsfähiger als kleinere. Wenn mit einer solchen Vereinfachung der Kassenorganisation auch die Zahl der Stellen verringert wird, welche die Sozialdemokratie für ihre Agitatoren in den Kassen zur Verfügung hat, so schadet das gar nichts. Im Gegentheil, es kann nur gewünscht werden, daß ein Mißstand beseitigt wird, bei dem eine auf den Umsturz des Staates hinarbeitende Partei staatliche Einrichtungen zur Versorgung ihrer Agitatoren und zur Erweiterung ihrer Propaganda benützt.“

Diesen frechen Verdrehungen sei Folgendes zur Klarstellung des wirklichen Sachverhalts entgegengesetzt: Die Verwaltungskosten sämtlicher Berliner Ortskrankenkassen betrugen im Jahre 1898 nach dem amtlichen Bericht im Gemeindeblatt 8 pSt. der Gesamtausgabe und sind sonach wesentlich niedriger, wie die Verwaltungskosten der von den Unternehmern allein verwalteten Berufsgenossenschaften und der staatlich verwalteten Invalidenversicherung.

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften betragen nämlich die Verwaltungskosten im Jahre 1897 nach den dem Reichstage zugegangenen Nachweisungen 10,2 pSt., in dem Zeitraum von 1886—1896 sogar 11 pSt., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 11,3 pSt. im Jahre 1897 und 15,2 pSt. in dem Zeitraum von 1886—1896. Bei der Invalidenversicherung betrugen, gleichfalls nach den dem Reichstage zugegangenen amtlichen Nachweisungen für 1897, die Verwaltungskosten 12,1 pSt. der Gesamtausgaben abzüglich der Kapitalanlagen. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß für die Berufsgenossenschaften die Post auf lange Fristen die Zahlungen übernimmt und daß die Hälfte der Invalidenversicherungs-Anstalten die Einziehung der Beiträge den Krankenkassen übertragen haben und dafür nur eine die wirklichen Kosten lange nicht erreichende Vergütung bezahlen. Das bedeutet für diese beiden Versicherungseinrichtungen ganz wesentliche Ersparnisse an Verwaltungskosten, die den Krankenkassen nicht zu gute kommen.

Daß größere Kassen leistungsfähiger sind wie kleinere und deshalb eine Verminderung der Zahl der Kassen wünschenswerth wäre — das ist eine Binsenwahrheit, die gerade wir nun schon lange genug predigen. Nur schade, daß man das in Regierungs- und Unternehmerkreisen nicht eingesehen hat bei der Schaffung der Innungskassen. Bei den Berliner Innungskassen betrugen nach der schon genannten Quelle im Jahre 1898 die Verwaltungskosten 14,23 Prozent der Ausgaben, also beinahe doppelt soviel wie bei den Ortskassen.

Natürlich haben wir nichts dagegen einzuwenden, wenn Mittel gefunden werden, die Verwaltungskosten der Krankenkassen zu verringern, aber die gegebenen Zahlen zeigen, daß es bei allen anderen Kasseneinrichtungen noch notwendiger ist, wie bei den Ortskrankenkassen. Oft genug ist von uns die Forderung erhoben worden, alle drei Zweige des Versicherungswesens zu vereinigen, gerade mit dem Hinweis auf die Möglichkeit der Verringerung der Verwaltungskosten.

Daß den Kassen zum Vorwurf gemacht wird, auf Verringerung der Arzneikosten hinzuwirken, darüber braucht man in der notorischen Auswucherung der Kranken und ihrer Kassen durch das heutige Apothekenwesen wirklich kein Wort weiter zu verlieren.

Aber eines sei noch gesagt! Wenn man es heute unangenehm empfindet, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in der Verwaltung der Ortskassen von ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch machen, so haben sich die herrschenden Kreise das selbst zuzuschreiben. Gerade die sozialdemokratischen Arbeiter waren Anfangs durchaus nicht geneigt, in die Ortskassen einzutreten. Sie hatten sich ihre freien Hilfskassen geschaffen und wollten mit den Unternehmern in den Ortskassen durchaus nichts zu schaffen haben. Erst die systematische Bekämpfung der freien Hilfskassen und die Bevorzugung der Ortskassen durch das Krankenversicherungsgesetz und seine Handhabung zwangen die Arbeiter geradezu massenhaft in die Ortskassen. Hat man vielleicht erwartet, diese an Selbstverwaltung gewöhnten Elemente würden sich von den Unternehmern willenlos gängeln lassen?

Das Unternehmertum maßregelte mit Hilfe der Gesetzgebung die freien Hilfskassen, die man als „sozialdemokratische Organisationen“ denanzierte; die Arbeiter mußten dem Druck nachgeben und in die einst so gehätschelten Ortskassen eintreten; seit einigen Jahren sieht das Unternehmertum, daß es die sozialdemokratischen Arbeiter verstanden haben, auch

in den Ortskassen noch ihre Rechte zu wahren, und nun werden wiederum die Ortskassen fast als sozialdemokratische Einrichtungen verächtlich. Das der wirkliche Sachverhalt.

Was will man nun eigentlich?

Das Krankenversicherungsgesetz enthält über die Verwaltung der Kassen strenge Vorschriften, die Aufsichtsbehörden üben scharfe Kontrolle und die Arbeiter thun in den Kassen nur was Rechtens ist. Thäten sie anderes, so hätte das Gesetz Mittel genug, sie daran zu hindern. Das ist den Heyern gegen die Krankenkassen sehr wohl bekannt. Die Heyere läuft deshalb auch auf etwas Anders hinaus: nicht um die Herabsetzung der Verwaltungskosten ist es dem Unternehmertum zu thun, sondern um eine weitere Einschränkung des ohnehin sehr geringen Selbstverwaltungsbereichs der Versicherten, wie man sie z. B. in Sachsen schon mehrfach auf dem Verwaltungswege versucht hat. Das ist die Absicht und dafür will man scharf machen! Die Zwangskassen sollen auch noch eine Zwangsverwaltung bekommen! Die Arbeiter mögen das Treiben der herrschächtigen Klasse scharf beobachten! Und in seiner Nr. 65 bemerkt der „Vorwärts“ weiter:

Was wir nach den gestern behandelten Auslassungen der „Berliner Pol. Nachr.“ über die Verwaltung der Orts-Krankenkassen erst für einen Wunsch der Schatzmacher hielten, scheint in der That schon in der Ausführung begriffen zu sein. In ihrer gestrigen Morgenausgabe schreibt die „Post“ in einem Artikel, in dem sie sich gegen die Beschlüsse der Gewerbe-Ordnungs-Kommission wendet:

Wir haben nicht die Beforgnis, daß sich die Regierung durch die in Rede stehenden Resolutionen zu unbedachten Schritten fortreißen lassen könnte; in einer Zeit, wo sie durch eine Novelle zum Krankenkassen-Gesetz der sozialdemokratischen Machtpolitik einen Schlag zu versetzen beabsichtigt, wird sie nicht auf der anderen Seite diese Machtpolitik zu fördern geneigt sein.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ wollten noch nicht wissen, was geplant sei, die „Post“ weiß bereits, daß ein „Schlag“ geplant ist. Es ist also so, wie wir voraussagten: nicht um die Herabsetzung der Verwaltungskosten wird es sich handeln, sondern um die Selbstverwaltung der Kassen. Die versicherten Arbeiter werden sich bei Zeiten auf planmäßigen Widerstand einzurichten haben.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

— **Der Bergarbeiterstreik in Oesterreich.** Wir schrieben in voriger Nummer so nebenbei in unserm Artikel über „Unterstützungskassen“, daß dieser Streik leider mit einer Niederlage zu Ende gegangen sei. Es ist dies eine nicht ganz richtige Voraussetzung gewesen; wir lassen die Mittheilungen über das Ende des Streiks des „Nordböhmischen Volksboten“ folgen, da dieses österreichische Arbeiterblatt wohl gut informiert ist über alle dabei in Betracht kommenden Umstände.

„Der gewaltige Kampf der Kohlengräber ist zu Ende. Ruhig und geschlossen legten die tapferen Kämpfer, welche volle 10 Wochen unter Noth und Entbehrung ihre Position vertheidigten, zur Arbeit zurück. Hat man unwillkürlich die Wastauer und Mannesgüter der Streikenden bewundern müssen, so mag mit noch größerer Bewunderung konstatirt werden, daß sich die Abrüstung der Arbeiter in größter Ordnung vollzog, nachdem sich die Situation geläutert und eine Fortsetzung des Streiks eine nutzlose Kraftvergeubung bedeutet hätte. Was möglich war, die schwachen, energielosen Parlamente, diesen beschränkten und rückständigen Kohlenprogen abzu-

ringen, ist geschehen. Wenn auch nicht der Reichstagsentwurf erreicht wurde, so ist doch ein Schritt nach dieser Richtung gethan worden. Der sozialpolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses nahm nämlich den Gesetzentwurf des Subkomitees an, der als Normalarbeitszeit für die Grubenarbeiter unter Tage höchstens 9 Stunden, einschließlich der E- und Ausfahrt, festlegt. Der Normalarbeitstag soll am 1. Januar 1901 in Kraft treten, in der Berücksichtigung besonders würdigen Fällen erst am 1. Januar 1902. In dringenden Ausnahmefällen sind Ueberstunden zulässig; die Entscheidung hierüber steht der ständigen Kommission zu, die aus Vertretern der Staatsbehörden, der Bergbau-Unternehmer und der Arbeiter besteht. Am Beginne der Maiession wird dieser Gesetzentwurf vorgelegt werden und es ist kein Zweifel, daß er allen Verschleppungsversuchen zum Trost angenommen werden wird. Mit Rücksicht auf diesen Antrag und der Vertagung des Parlamentes beschlossen die Streikenden, den Kampf vorläufig zu beenden. In Ostrau wurden in einer Delegirten-Versammlung mit 112 gegen 8 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen die Beschlüsse des Streikkomitees, das die Aufnahme der Arbeit empfiehlt, wenn die Unternehmer die in Teschen gemachten Versprechungen erfüllen und die Entlassungen zurücknehmen, angenommen. Das Streikkomitee in Teplitz hat am 17. März mit Stimmeneinhelligkeit das Ende des Streiks im nordwestböhmischem Kohlenbecken beschlossen. Auch das Bilsener Streikkomitee hat am 17. März die Einfahrt am Montag festgesetzt, nachdem im Einigungsamt die meisten Forderungen der Arbeiter gebilligt wurden.

Nicht als Besiegte und Entmuthigte kehrten also die Kohlengräber an ihre Arbeitsstätte zurück, sondern als freie Männer, die mit bewundernswerther moralischer Kraft frei über ihr Schicksal beschlossen, die nach allen Regeln der Strategie den Klassenkampf geführt haben, denen es gelang, durch eiserne Ruhe und Disziplin die verschiedensten Elemente beisammenzuhalten, Ausschreitungen zu verhindern und diesen grandiosen Kampf ohne Blutvergießen in moderner Weise zu führen und auch so zu beenden. Der Kampf ist wohl zu Ende, aber die Bergarbeiter werden ihr Ziel, die Achtstundenschicht, nicht aus dem Auge lassen und durch den Ausbau ihrer Organisationen sich für die Zukunft schlagfertig machen.

Da den Gewerkschaften und der Regierung liegt es jetzt, das Vertrauen der Arbeiter nicht zu täuschen und die gemachten Versprechungen einzuhalten, um nicht sofort wieder neue Konflikte heraufzubeschwören.

Die ganze Bevölkerung wird jetzt wie von einem Alpdruck befreit aufatmen. Die Folgen dieses heldenmüthigen Kampfes werden leider noch lange fühlbar bleiben und geraumer Zeit wird es bedürfen, bevor auch in unserer Glasindustrie die Schäden ausgeglichen sind.

Soweit bisher Nachrichten vorliegen, vollzieht sich in den Revieren Nordwestböhmens und Westböhmens die Beendigung des Streiks in großer Ruhe. Die Flugschrift des Zentralstreikkomitees, die von der Fortsetzung der Demonstrationen abmahnt und die Anfahrt für 20. März, vormittags, anrath, hat um so größeren Einbruch gemacht, als noch am 19. März bekannt wurde, daß die Gewerkschaften im Brüger, Teplitzer, Aussiger und Komotauer Revier sich entschlossen haben, auf Entlassungen zu verzichten und Lohnerhöhungen eintreten zu lassen.

Nicht so gut sieht die Sache in Ostrau-Karwiner Revier. Bei einem Theil der Arbeiter erhob sich gegen die Beendigung des Streiks großer Widerstand, insbesondere darum, weil die Gewerkschaften noch immer zögern und ein Theil von ihnen auf der Vornahme von Entlassungen besteht. Doch ist auch diese Schwierigkeit behoben worden. Die vor dem Teschener Einigungsamte gemachten Konzessionen über die Lohnerhöhung, wöchentliche Auszahlung und Lichtgebühren werden aufrecht erhalten. Da die Arbeiter sich damit einverstanden erklärten, ist der Streik auch im Ostrauer Revier beendet.

Nur in Kladsno und Falkenau dauert der Streik zur Stunde noch an, doch wird auch dort die Arbeit aufgenommen werden, wenn die Gewerkschaften einige Konzessionen gewähren.

Aus den einzelnen Revieren.

Teplitz. Der Beschluß des Streikkomitees wurde von der Masse der Streikenden mit Genugthuung aufgenommen. Trotzdem hat es anfangs eine Anzahl von Arbeitern gegeben, die damit nicht zufriedengestellt waren. Nach der Unterredung, die das Streikkomitee noch am 18. März mit der Behörde hatte, sind nun so ziemlich alle mit der Beendigung des Streiks einverstanden. Ueber diese Unterredung wurde folgende offizielle Mittheilung ausgegeben: 1. Der Beschluß, eine Anzahl von Arbeitern auszusperrn, wurde rückgängig gemacht, so daß Maßregelungen nicht eintreten werden. Sollten in einzelnen Fällen Arbeiter nicht wieder aufgenommen werden, so wird die Bergbehörde vermitteln. 2. Was die Lohnfrage betrifft, sind namentlich die großen Bergwerkeunternehmungen nach vollständiger Wiederherstellung geordneter Verhältnisse geneigt, eine Lohnregulirung vorzunehmen. Dies wird in der Weise geschehen, daß nach erfolgter Einfahrt zuerst bei jenen Werken, die nach der Lohnstatistik niedrigere Löhne haben, eine Lohnerhöhung stattfinden wird. Fortschreitend wird diese auf die übrigen Werke ausgedehnt werden. Die kleineren Unternehmungen gehörigen Werke werden natürlich dem Beispiel der größeren folgen. Diese Mittheilung ist vom Stadthalterreith Rappich, dem Amtsleiter Graf und dem Oberbergrath Gattner unterfertigt. Soweit sich bis jetzt überblicken läßt, wurde die Arbeit auf allen Werken aufgenommen.

Falkenau. In Neusattl, Chodau und Haberspihl wurden am 18. März stark besuchte Versammlungen abgehalten, in denen beschlossen wurde, mit der Wiederaufnahme der Arbeit bis zum Bekanntwerden der Beschlüsse der Gewerkschaften zu warten. Am 20. März hielten die Unternehmer eine Besprechung ab, deren Resultat am 21. März bekannt gegeben werden wird. Die Anfahrt ist heute eine geringere als in der vorigen Woche.

Bilsen. Das Streikkomitee hat mit Rücksicht auf die Erklärungen der Gewerkschaften im Einigungsamt den Beschluß gefaßt, den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Infolgedessen wurde heute im ganzen Bilsen-Revier auf sämmtlichen Gruben die Arbeit aufgenommen. Die Verhandlungen über die noch strittigen Punkte werden in der nächsten Zeit fortgesetzt werden.

Mährisch-Ostrau. Der Streik auf den Mährisch-Ostrauer Schächten ist beendet. Die Belegschaft hat sich zur Arbeit gemeldet und ist, soweit es die Verhältnisse der Gruben zulassen, eingefahren.

Kladsno. Von der gesammten Belegschaft im hiesigen Streikgebiete befinden sich noch rund 74 pCt. im Auslande.

Aussig. Im Aussig-Karwiner Reviere

wird seit heute früh auf sämmtlichen Werken gearbeitet, und zwar auf den meisten mit mehr als drei Vierteln der Belegschaft. In Dux, Ossegg und Brüx sind die Arbeitsverhältnisse wohl keine so günstigen wie im Aussig-Karwiner Revier, denn es arbeiten dort bloß 40 pCt. der Streikenden, jedoch melden sich stündlich mehr Arbeiter.

Mährisch-Ostrau. Im Ostrau-Karwiner Revier fanden am 18. März Versammlungen statt, denen die vom Streikkomitee vorgelegene Resolution vorgelegt wurde. Auf der Karwiner Seite wurden überall die Beschlüsse des Streikkomitees gebilligt und nach einer mitunter allerdings heftigen Debatte angenommen. Auf der Seite von Mährisch-Ostrau verliefen die Versammlungen weit stürmischer, und es kam in einigen davon garnicht zur Abstimmung. Die Redner wiesen vielfach darauf hin, daß die Gewerkschaften ja noch immer mit Maßregelungen drohen, und daß unter diesen Umständen die Beendigung des Streiks unmöglich sei. Die Referenten machten klar, daß es sich im Vorschlage des Streikkomitees nicht um eine unbedingte Einfahrt handle, sondern um die Feststellung der Bedingungen, unter denen die Arbeit aufgenommen werden solle. In fünf von diesen Versammlungen wurde die Resolution angenommen. Auf einigen Schächten aber wird es wiederholter Beratungen und eifrigen Einwirkens auf die Arbeiterschaft bedürfen, um jenen Theil, der unter allen Umständen den Streik fortsetzen will, zu überzeugen. Die Einfahrt bei der heutigen Frühlicht entsprach im Ganzen den Anordnungen des Streikkomitees. Auf einer Anzahl von Schächten führen zwar um ein Geringses mehr Arbeiter ein, dagegen sind auf anderen, insbesondere auf den Nordbahnschächten und bei mehreren Larisch-Schächten weniger Leute angefahren als vorige Woche. Im Streikgebiete ist auch insbesondere unter den jungen Arbeitern eine Neigung zur Auswanderung bemerkbar. Viele Hundert Arbeiter in den verschiedenen Gebieten des Reviers gehen daran, ihre Dokumente bereitzustellen, und beabsichtigen, ins Ausland zu gehen.

Versammlungsberichte etc.

Darmstadt. In der letzten hier stattgefundenen Zahlstellenversammlung standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Einnahme der Beiträge, 2. Verlesung des Quartalsabschlusses pro 1899, 3. Bericht des Delegirten vom Gewerkschaftsstatell, 4. Verschiedenes. Die drei ersten Punkte wurden wie üblich bald erledigt und zum Punkt 4: Verschiedenes, geschritten, hierbei beschäftigten sich die Mitglieder eingehend mit dem Antrag Reihens betr. Unterstützung der Mitglieder, welche durch den Bergarbeiterstreik in Mitleidenschaft gerathen sind. Die Versammlung schließt sich dem Antrage Reihens an und ist für eine baldige Mitgliederabstimmung.

Proßkulla. In letzter Zahlstellenversammlung wurde u. A. bei Punkt 4 der Tagesordnung auch der Antrag Reihens (aus Nr. 10 der „Arbeiter“) besprochen und kam nach längerer Debatte die Versammlung zu dem Entschluß, dem Antrag Reihens voll und ganz beizustimmen. Begründung: Da, wie z. B. in Cöthenberg, nur 5,35 Mk. freiwillige Unterstützung auf ein Mitglied komme, was sicher für eine Familie nicht ausreichen kann, denn es ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel, deshalb sollte es Pflicht des Verbandes sein, solche Mitglieder zu unterstützen, die wegen Kohlenmangel in Mitleidenschaft gezogen wurden, es hat weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer die Schuld. Ferner wird den hiesigen Mitgliedern hierdurch bekannt gegeben, daß Sonntag, den 1. April Versammlung betreffs Quartalsabschlusses stattfindet, alle Beitrag leistenden Mitglieder werden dringend aufgefordert, ihre Karte zu begleichen, widrigenfalls Streichung erfolgt. Auch wird die Zahlstelle ersucht, ihre Extraarten zu begleichen, da bis zum 1. April alles in Ordnung sein muß.